

**Landesarbeitsgemeinschaft
der Sozialdienste im
bayerischen Justizvollzug**

LAG Sozialdienste, K. Danial, Springergäßchen 14, 86152 Augsburg

Stellvertretende
Vorständin:

An die bayerische Staatsregierung

Kathrin Danial
Augsburger Beratungsstelle
für Straftlassene
Springergäßchen 14
86152 Augsburg

daniel.k@abs-augsburg.de

Augsburg, den 17.11.2025

Offener Brief zum Doppelhaushalt

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Sorge verfolgen wir, die Landesarbeitsgemeinschaft der Sozialdienste im Bayerischen Justizvollzug, die jüngsten Pressemittelungen zum Doppelhaushalt des Freistaates Bayern. Besonders betroffen machen uns die Ankündigungen, Stellen massiv abzubauen, die Übernahme der Tarifabschlüsse auf Beamte zeitlich zu verzögern, sowie die familienpolitische Teilzeit künftig einzuschränken.

Die Kolleginnen und Kollegen im bayerischen Justizvollzug leisten tagtäglich hoch anspruchsvolle und verantwortungsvolle Arbeit unter oft schwierigen Rahmenbedingungen. Eine spätere Umsetzung der Tarifiergebnisse würde die Motivation schwächen und das Gefühl der Wertschätzung erheblich mindern. Gerade in Zeiten, in denen der Justizvollzug in allen Bereichen um qualifizierten Nachwuchs ringt, sendet ein solcher Schritt ein fatales Signal.

Ebenso kritisch sehen wir die geplante Einschränkung der familienpolitischen Teilzeitregelungen. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf wird damit gerade bei Mitarbeitenden mit betreuungsbedürftigen Kindern unverhältnismäßig erschwert.

Familienfreundlichkeit ist ein Markenzeichen des öffentlichen Dienstes in Bayern - dies gilt es zu bewahren und zu stärken, nicht zu beschneiden.

Der geplante Haushalt scheint wenig Raum zu lassen für die zukünftige, tragfähige Personalentwicklung im Justizvollzug.

Wir appellieren daher eindringlich an die bayerische Staatsregierung,

- den Bürokratieabbau zielgerichtet voranzutreiben, ohne dabei durch pauschale Stelleneinsparungen die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu gefährden,
- die Tarifbeschlüsse weiterhin vollständig und zeitgleich auf die Beamten zu übertragen,
- sowie die familienpolitische Teilzeitreglung in ihrer bisherigen Form beizubehalten.

Nur so kann der Freistaat seiner Verantwortung gegenüber seinen Beschäftigten gerecht werden und verhindern, dass die Attraktivität des öffentlichen Dienstes weiter sinkt. Schon heute fällt es zunehmend schwer, qualifiziertes Personal für den Justizvollzug zu gewinnen und zu halten - eine Entwicklung, die durch die geplanten Maßnahmen weiter verschärft würde.

Wertschätzung, Fairness und Gleichbehandlung aller Beschäftigten sind entscheidend, damit diese ihre Aufgaben motiviert und verantwortungsbewusst erfüllen. Dies stärkt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in den öffentlichen Dienst und sichert Stabilität sowie Ordnung im Gemeinwesen.

Mit freundlichen Grüßen

der Vorstand der LAG

November 2025